Politische Bildung als Schulfach? Gedanken zu Georg Geigers Artikel

Category: Blog
geschrieben von Felix Schmutz | 13. Januar 2020

Wo bleibt die Abgrenzung zum klassischen Geschichtsunterricht?

Georg Geiger skizziert in seinem Artikel Leitlinien für politische Bildung als Schulfach und als interdisziplinäre Zusammenarbeit. Er möchte, dass allen Lehrpersonen, die sich dazu berufen fühlen, die Berechtigung dafür erteilt wird. Die Ausführungen zeigen auf, was politische Bildung umfassen müsste:

– Einbezug aktueller Themen wie Klimapolitik, Populismus, Rassismus, etc.,

– Mitbestimmung und damit Eins-zu-eins-Erfahrung politischer Auseinandersetzungen und Abläufe,

– kontroverse Meinungen zulassende, nicht normative oder moralisierende Stossrichtung des Unterrichts.

Diese Grundzüge sind sicher angemessen. Was dabei noch zu bedenken und zu klären wäre:

1. Wie gestaltet sich auf der Sekundarstufe II die thematische Abgrenzung zum bzw. die Koordination mit dem Geschichtsunterricht, in dem Regierungsformen und die Entstehung der europäischen Demokratien wichtige Stoffe sind? Formen des Zusammenlebens, Entscheidens und Führens sowie die politischen Körperschaften und Institutionen sind Themen, die nicht nur durch Erfahrung im praktischen Erleben, sondern auch inhaltlich und theoretisch verstanden werden müssen. Der Unterricht müsste somit immer praktische, aktuelle Beispiele in Zusammenhänge einbetten, an denen prinzipielle Erkenntnisse gewonnen werden können. Nur so wird aus der Beschäftigung mit politischen Themen ein wirklicher *Unterricht*.

Vorkenntnisse theoretischer Art sind unerlässlich, wenn die Diskussion nicht auf Stammtischniveau absinken oder mit dem Abfackeln der US- oder der russischen Fahne auf der Strasse enden soll.

Beispiel: Wenn der Präsident eines Landes, das sich als Demokratie versteht (heisse er Trump oder Putin), in einem andern Land Zielpersonen ermorden lässt, ohne dass ein geordnetes Gerichtsverfahren stattgefunden hat, müsste ein solches Ereignis nüchtern an Prinzipien gemessen und anhand staatsrechtlicher, politisch-strategischer und psychologischer Fragen erörtert werden. Dazu sind jedoch Vorkenntnisse theoretischer Art unerlässlich, wenn die Diskussion nicht auf Stammtischniveau absinken oder mit dem Abfackeln der US- oder der russischen Fahne auf der Strasse enden soll.

2. Georg Geiger stellt sich vor, dass politische Bildung in unteren Klassenstufen (Sekundarstufe I) eher interdisziplinär erfolgen solle, wobei die Inhalte «altersgerecht heruntergebrochen» werden sollen. Das ist allerdings in zweierlei Hinsicht anspruchsvoll: 1. Didaktisches Reduzieren bedeutet Planung über längere Zeit hinweg, da der Faden immer wieder

aufgenommen und die Inhalte allmählich ausdifferenziert werden müssen. 2. Wenn mehrere Lehrpersonen beteiligt sind (Interdisziplinarität), stellt sich die Frage der langfristigen Verantwortlichkeit und der Kohärenz. Das dürfte einiges an Absprachen verlangen. 3. Einfacher wäre, wenn auf der Sekundarstufe I die Verantwortung klar bei einer Lehrperson läge. Das würde folgende Unterrichtsmöglichkeiten erleichtern:

Beispielsweise wird meist erwartet, dass im Zusammenhang mit Abstimmungen und Wahlen Zusammenhänge erschlossen und eigene Positionen erarbeitet werden, wobei nicht klar ist, wer im Dschungel der Kompetenzorgien im Lehrplan 21 überhaupt noch Zeit dazu finden kann, insbesondere wenn, wie Georg Geiger vermerkt, das Fach Geschichte zeitlich reduziert worden ist oder Klassenlehrpersonen kein angemessenes Gefäss mehr dafür haben.

Ein anderes beliebtes Vorgehen besteht darin, die Klasse eine Woche lang Tagesschau oder digitale Nachrichtenmedien ansehen zu lassen und die darin vorkommenden Themen im Unterricht dann in Zusammenhänge einzubetten und zu erläutern.

> *Mitbestimmung eher im Klassenverband als in Schülerparlamenten, die meist krampfhaft von Lehrpersonen am Leben erhalten werden müssen.*

Das Einüben von Planungen und Abläufen im Zusammenhang mit schulischen Unternehmungen wäre ein Schritt hin zu Geigers Vorstellung von der Schule als Polis. Dabei hat sich gezeigt, dass sich dies im Klassenverband eher bewerkstelligen lässt als in sogenannten Schülerparlamenten, die meist krampfhaft von Lehrpersonen oder Schulleitungen am Leben erhalten werden müssen und manchmal im Frust enden, wenn sich die Wünsche und Forderungen an den Realitäten reiben. Schlimmer noch, wenn Jugendliche merken, dass das Ganze nur eine pädagogische Alibi-Übung ist von Erwachsenen, die sich fortschrittlich geben wollen, indem sie ihre eigenen Ideen als diejenigen der Schülerinnen und Schüler kaschieren.

Das Argumentieren, Debattieren und Entscheiden lässt sich auch mit Planspielen üben, in denen z.B. eine fiktive Gemeinde oder ein fiktives Quartier entwickelt wird und bestimmte Vorhaben geplant werden sollen. Da zeigt sich manchmal, wie sich bei der Identifikation mit Interessengruppen bei Schülerinnen und Schülern grosses Engagement offenbart und sie ganz zu vergessen scheinen, dass

sie sich eigentlich mit «trockener Politik» beschäftigen. Auch dazu braucht es natürlich ein entsprechendes Zeitgefäss wie Projekttage, Lager, etc.

4. Politische Prozesse zeichnen sich in demokratischen Verhältnissen durch Umständlichkeit, Komplexität, Kompromisse und Umwege aus. Das

Jugenddemo in Zürich: Wir lehnen alles Bestehende ab.

ist für Jugendliche, die in ihrer Ungeduld hier und jetzt und sofort etwas fordern oder verändern wollen, grundsätzlich unattraktiv. Es ist ja auch für Erwachsene oft schwer zu ertragen. Die Reaktion auf politisches Auf-der-Stelle-Treten kann sein: *Verweigerung* («Politik interessiert mich nicht, ist zu kompliziert, hat nichts mit mir zu tun.») oder *Radikalisierung* («Wir lehnen alles Bestehende ab, zerstören es, schliessen uns einer charismatischen Führungsperson an, die unsere Anliegen sofort verwirklichen will.»). Politischer Unterricht muss eine Lösung darin finden, zwischen jugendlichem Ungestüm und politisch-institutioneller Trägheit irgendwie zu vermitteln. Es wäre allerdings nicht klug, den Lernenden das wahre Gesicht der Politik geschönt darstellen zu wollen. Unehrlichkeit würde sich nicht auszahlen. So ist politische Bildung wohl keine leichte Aufgabe, sie braucht versierte Lehrpersonen mit grossem Motivationsgeschick und der Einstellung, dass sich das Engagement trotz allen Widerständen lohnt. Hierbei könnten Erzählungen über Vorbilder beiderlei Geschlechts als Identifikationsangebote sicher einiges bewirken.